

## **No Billag-Initiative gefährdet den Service Public Regional**

Stellungnahme des Stiftungsrats der Stiftung Telebasel

---

Am 4. März 2018 wird die Schweizer Bevölkerung über die «No Billag»-Initiative abstimmen. Deren Initianten möchten die Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen abschaffen. Vordergründig stossen sie sich an der «Mediensteuer», die für den Konsum von Radio- und Fernsehprogrammen erhoben wird. Hauptsächlich haben sie jedoch die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG ins Visier, die den Löwenanteil der 1,3 Gebührenmilliarden erhält. Die Vertreter der SRG ihrerseits weisen darauf hin, dass diese bei einer Annahme der Initiative ihren Service public einstellen müsste. Unter anderem würden Medienangebote in wirtschaftlich schwächeren Landesteilen und in der vierten Landessprache wegfallen und damit eine wichtige Klammerfunktion der Schweizer Gesellschaft.

Diese Vorbehalte gegen den «Staatssender» SRG gibt es allerdings nicht erst seit gestern. Um sie zu entkräften, wurde bereits vor zehn Jahren das so genannte «Gebühren-Splitting» eingeführt. Seither erhalten Lokalradios in Berg- und Randregionen, nicht gewinnorientierte Lokalradios sowie die Regional-TV-Sender mit einer Konzession und einem Leistungsauftrag des Bundesamts für Kommunikation zur Zeit fünf Prozent oder CHF 67,5 Mio aus dem Billag-Topf. Vor allem die Regionalfernsehsender könnten ohne diesen Zustupf wirtschaftlich nicht überleben. Bei einer Annahme von «No Billag» müssten also neben der SRG auch viele private TV-Stationen ihre Studios schliessen.

Auch Telebasel in seiner heutigen Form wäre stark gefährdet. Zwar steht die Stiftung, die das einzige verlegerunabhängige Regionalfernsehen der Schweiz trägt, finanziell nicht nur auf dem Billag-Bein. Zu den aktuell CHF 3,2 Mio Gebührengelder-Anteil bezahlt ihr als Eigentümerin des Basler Kabelnetzes dessen Nutzerin upc noch bis ins Jahr 2027 eine Nutzungsabgeltung von jährlich CHF 1,6 Millionen. Die verbleibenden rund CHF 3 Mio Differenz zum Jahresbudget von CHF 8 Mio werden via Spotwerbung und Sponsoring erwirtschaftet, was angesichts der rasanten Entwicklungen und grossen Veränderungen in der Medienlandschaft in Zukunft jedoch schwieriger werden wird.

Telebasel hat auf diese Entwicklung mit dem umfassenden Relaunch und der Ausweitung des Geschäftsmodells nach der Multichannel-Strategie «TV - Web - App» bereits im Januar 2016 reagiert. Das neue Online-Nachrichtenportal [www.telebasel.ch](http://www.telebasel.ch) und die erfolgreich eingeführten Special Interest-Channels haben denn auch bereits Wirkung gezeigt und dem Sender neue Werbemärkte erschlossen. Dennoch ist klar: Wird «No Billag» angenommen, muss Telebasel sein heutiges Angebot massiv abbauen. Ein umfassender Service public regional, wie ihn unser Regionalfernsehen seit bald 25 Jahren für die Nordwestschweiz erbringt, wird ihm dann nicht mehr möglich sein.

Der Stiftungsrat der Stiftung Telebasel hat deshalb in seiner Sitzung vom 29. November 2017 beschlossen, das Publikum von Telebasel und weiteren gebührenfinanzierten Medienanbietern der Region Nordwestschweiz auf diese gefährlichen Auswirkungen der NoBillag-Initiative auf deren Existenzgrundlage ausdrücklich hinzuweisen und sie den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zur Ablehnung zu empfehlen.

Basel, 29. November 2017

Für den Stiftungsrat  
Roger Thiriet  
Präsident